



MARBURG

Die Universitätsstadt

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg – Feuerwehrsatzung –

Aufgrund der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 90), in Verbindung mit den §§ 11 und 12 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz - HBKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 30. September 2021 (GVBl. S. 602), hat die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg in ihrer Sitzung am 31.10.2025 folgende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg (Feuerwehrsatzung) beschlossen:

§ 1

Rechtsform und Bezeichnung

- (1) Die Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg ist als öffentliche Feuerwehr eine städtische Einrichtung (§ 7 Abs. 1, 4 und 5 HBKG). Sie ist als Freiwillige Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften aufgestellt und gliedert sich in die jeweiligen Stadtteilfeuerwehren und die hauptamtlichen Einsatzkräfte. In ihrer Gesamtheit führt sie die Bezeichnung „Freiwillige Feuerwehr Marburg“.
- (2) Die Stadtteilfeuerwehren führen als Zusatz die jeweilige Bezeichnung des Stadtteils (z. B. Freiwillige Feuerwehr Marburg-Haddamshausen).
- (3) Die Feuerwehr Marburg steht unter der Leitung der Leiterin*des Leiters der Feuerwehr.

§ 2

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Die Aufgaben der Feuerwehr umfassen den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz, die Allgemeine Hilfe, die Hilfeleistung bei anderen Vorkommnissen, die Mitwirkung im Katastrophenschutz im Sinne der §§ 26 und 27 HBKG sowie die

Brandschutzerziehung und -aufklärung im Sinne der §§ 1, 3 Abs. 1 Nr. 6 und 6 HBKG.

- (2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Feuerwehr Marburg die aktiven Feuerwehrangehörigen nach den geltenden Dienstvorschriften und sonstigen einschlägigen Vorschriften aus- und fortzubilden.

§ 3

Gliederung der Feuerwehr Marburg

Die Stadtteilfeuerwehren der Feuerwehr Marburg gliedern sich jeweils in folgende Abteilungen:

1. Einsatzabteilung
2. Ehren- und Altersabteilung
3. Jugendabteilung
4. Kinderabteilung
5. Musikabteilung

§ 4

Persönliche Ausrüstung, Anzeigepflichten

- (1) Die Feuerwehrangehörigen haben die von der Universitätsstadt Marburg unentgeltlich zur Verfügung gestellte Dienst- und Schutzausrüstung pfleglich zu behandeln und nach dem Ausscheiden aus dem Feuerwehrdienst zurückzugeben. Für verloren gegangene oder durch außerdienstlichen Gebrauch beschädigte oder unbrauchbar gewordene Teile der Ausrüstung kann die Universitätsstadt Marburg Ersatz verlangen. Festgestellte Mängel sind der Bekleidungskammer anzuzeigen. Schadhafte Schutzausstattung ist dort zur Reparatur oder zum Austausch abzugeben.
- (2) Die Feuerwehrangehörigen haben der Leitung der Feuerwehr und der Wehrführung unverzüglich anzuzeigen
- a) im Dienst erlittene Körper- und Sachschäden,
 - b) Verluste oder Schäden an der persönlichen oder sonstigen Ausrüstung,
 - c) den Entzug der Fahrerlaubnis sowie erteilte Fahrverbote,
 - d) jede rechtskräftige Verurteilung wegen Straftaten
- (3) Soweit Ansprüche für oder gegen die Universitätsstadt Marburg in Betracht kommen, hat die*der Empfänger*in der Anzeige die Meldung an den Magistrat der Universitätsstadt Marburg weiterzuleiten.

§ 5

Aufnahmen in die Einsatzabteilungen der Feuerwehr

- (1) Die Einsatzabteilungen setzen sich aus den aktiven ehrenamtlichen Angehörigen der Stadtteilfeuerwehren zusammen, § 10 HBKG.
- (2) In die Einsatzabteilungen der Stadtteilfeuerwehren können in der Regel nur Personen aufgenommen werden, die ihren Wohnsitz in der Universitätsstadt Marburg haben oder aufgrund einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung oder sonstigen Weise regelmäßig für Einsätze in der Universitätsstadt Marburg zur Verfügung stehen.

Sie müssen persönlich geeignet sein, für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten, den Anforderungen des Feuerwehrdienstes geistig und körperlich gewachsen sein sowie das 17. Lebensjahr vollendet haben; sie dürfen das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben. Über Ausnahmen entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.

- (3) In die Einsatzabteilungen können Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen zur Beratung der Freiwilligen Feuerwehr (Fachberater*innen) aufgenommen werden. Die Leitung der Feuerwehr prüft die persönlichen Voraussetzungen der Fachberater*innen zur Erfüllung der Aufgabengebiete. Die Benennung von Fachberater*innen erfolgt durch die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Wehrführungsausschusses auf Widerruf. Die Leitung der Feuerwehr weist den Fachberater*innen spezifische Aufgabengebiete zu.

Die Funktion der Fachberater*innen endet

1. aus persönlichen Gründen
2. mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte
3. mit der jederzeit möglichen Entlassung durch die Leitung der Feuerwehr

- (4) Die Angehörigen der Einsatzabteilungen versehen ihren Dienst in der Stadtteilfeuerwehr bzw. in dem Zug, in dessen Einsatzbereich sie ihren Wohnsitz haben. Aus einsatztaktischen Gründen oder in sonstigen begründeten Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der Leitung der Feuerwehr und im Einvernehmen mit den zuständigen Wehrführungen hiervon abgewichen werden.
- (5) Aktiver Feuerwehrdienst kann nur in maximal zwei Feuerwehren oder Stadtteilfeuerwehren geleistet werden. Die Belange der Feuerwehr der Gemeinde, in der die*der Feuerwehrangehörige wohnt oder überwiegend wohnt, sind vorrangig zu berücksichtigen.
- (6) Die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr ist in Textform bei der Leitung der Feuerwehr über die jeweilige Wehrführung zu beantragen. Minderjährige haben mit dem Aufnahmeantrag die in Textform verfasste Zustimmungserklärung ihrer gesetzlichen Vertretung vorzulegen. Mit dem Antrag ist eine Bescheinigung über die allgemeine medizinische Feuerwehrtauglichkeit (körperliche Tauglichkeit) und ein polizeiliches Führungszeugnis vorzulegen.

- (7) Über den Aufnahmeantrag entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des jeweiligen Feuerwehrausschusses. Bei Zweifeln über die persönliche Eignung oder geistige oder körperliche Tauglichkeit kann die Vorlage einer amtsärztlichen Bescheinigung oder eines erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses verlangt werden.
- (8) Die Aufnahme in eine Einsatzabteilung erfolgt durch eine Aufnahmeurkunde und die Aushändigung der Satzung durch die*den Wehrführer*in. Dabei ist die*der Feuerwehrangehörige durch eine Unterschriftsleistung auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer*seiner sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, dieser Satzung sowie aus Dienstanweisungen und Dienstvorschriften ergebenden Aufgaben gegenüber allen Menschen zu verpflichten, unabhängig von deren Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Hautfarbe. Die Ablehnung von Bewerbenden erfolgt durch Bescheid.
- (9) Nach der Aufnahme ist innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren die Truppmannausbildung zu absolvieren. Ist dies nicht erfolgt, entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Feuerwehrausschusses über die weitere Zugehörigkeit.

§ 6

Rechte und Pflichten der Angehörigen der Stadtteilfeuerwehren

- (1) Alle Angehörigen der Einsatzabteilungen haben das aktive und passive Wahlrecht
 - zur Wahl einer*s Sprecherin*Sprechers der ehrenamtlichen Kräfte zur Wahrnehmung ihrer Belange gegenüber der Leitung der Feuerwehr und dem Magistrat,
 - zur Wahl einer*eines Wehrführerin*Wehrführers und
 - zur Wahl der Mitglieder des Feuerwehrausschusses.
- (2) Die in § 3 bezeichneten Aufgaben sind nach Weisung der Leitung der Feuerwehr oder der sonst zuständigen Vorgesetzten gewissenhaft zu erfüllen.

Die Angehörigen der Einsatzabteilung haben insbesondere

 - a) die geltenden Dienstvorschriften sowie die Anweisungen der Leitung der Feuerwehr oder der sonst zuständigen Vorgesetzten zu befolgen,
 - b) bei Alarm sofort zu erscheinen und den für den Alarmfall geltenden Anweisungen und Vorschriften Folge zu leisten,
 - c) an den Ausbildungsdiensten, den Übungen, dem Brandsicherheitsdienst und sonstigen dienstlichen Veranstaltungen teilzunehmen.
- (3) Die Angehörigen der Einsatzabteilungen stellen die in § 55 Abs. 2 Nr. 1 bis 14 HBKG genannten Daten zur Wahrnehmung ihrer satzungsrechtlichen Rechte und Pflichten zur Verfügung. Änderungen dieser Daten sind zeitnah mitzuteilen.

- (4) Feuerwehrangehörige dürfen vor Abschluss der feuerwehrtechnischen Ausbildung (Grundausbildung) nur im Zusammenwirken mit ausgebildeten und erfahrenen aktiven Feuerwehrangehörigen eingesetzt werden.
- (5) Feuerwehrangehörige, die mindestens die Truppmannausbildung abgeschlossen haben, können auf Antrag unter Anrechnung der Dienstzeit bis zu einem Jahr vom aktiven Dienst beurlaubt werden. Weitere Beurlaubungen bis zu einem Jahr sind möglich, werden jedoch nicht auf die Dienstzeit angerechnet. Über den Antrag entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.
- (6) Die Abs. 2 und 3 gelten nicht für die Fachberater*innen im Sinne des § 5 Abs. 3.
- (7) Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige haben Anspruch auf Ersatz von Verdienstausschlag für Zeiten der Teilnahme an Einsätzen, angeordneten oder genehmigten Übungen und Ausbildungsveranstaltungen sowie an sonstigen Dienstveranstaltungen. Das weitergewährte Arbeitsentgelt von abhängig Beschäftigten oder entgangene Unterstützungen oder Bezüge aus öffentlichen Mitteln werden in voller Höhe erstattet. Bei ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen, die beruflich selbständig oder freiberuflich tätig sind, ist der Ersatz des Verdienstausschlages auf bis zu 75 € pro Stunde und auf bis zu 600 € pro Tag beschränkt. Für alle Erstattungsansprüche gilt das Erfordernis der Antragstellung binnen sechs Monaten nach dem Ereignis.

§ 7

Beendigung der Zugehörigkeit

- (1) Die Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung endet mit
 - a) Vollendung des 60. Lebensjahres im Sinne von § 10 Abs. 2 HBKG oder auf Antrag spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres,
 - b) dem Austritt,
 - c) dem Ausschluss,
 - d) dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,
 - e) Übernahme in die Ehren- und Altersabteilung.
- (2) Vor der Verlängerung der Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung gemäß § 10 Abs. 2 HBKG hat sich der Antragsteller einer allgemeinen ärztlichen Untersuchung zur Feststellung der Feuerwehrdiensttauglichkeit zu unterziehen. Über den Verlängerungsantrag entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des jeweiligen Feuerwehrausschusses.
- (3) Der Austritt muss in Textform gegenüber der Leitung der Feuerwehr über die*den zuständigen Wehrführer*in erklärt werden.
- (4) Der Magistrat kann einen Angehörigen der Einsatzabteilung aus wichtigem Grund, nach Anhörung des Feuerwehrausschusses, durch schriftlichen Bescheid aus der

Freiwilligen Feuerwehr ausschließen. Zuvor ist dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Wichtiger Grund ist insbesondere

- das mehrfache unentschuldigte Fernbleiben vom Einsatz oder von angesetzten Übungen
- mehrfache Verweise in Textform (mindestens drei) gem. § 9 Abs. 1 b) 2. Var.
- die nachhaltige Verletzung der Pflicht zum kameradschaftlichen oder diskriminierungsfreien Verhalten
- das aktive Eintreten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung
- die rechtskräftige Verurteilung wegen vorsätzlicher Brandstiftung

- (5) Wird innerhalb der ersten 12 Monate nach Aufnahme in die Einsatzabteilung keine oder eine nur unregelmäßige Teilnahme an festgesetzten Übungen und Einsätzen festgestellt, kann die Mitgliedschaft auf Antrag der Wehrführung, unter Vorlage einer Anwesenheitsdokumentation, durch die Leitung der Feuerwehr beendet werden. Eine Anhörung des Feuerwehrausschusses ist in diesem Fall nicht notwendig.

§ 8

Ordnungsmaßnahmen

- (1) Verletzt eine Angehörige*ein Angehöriger der Einsatzabteilung ihre*seine Dienstpflichten bzw. sonstige Verpflichtungen aus dieser Satzung, kann sowohl die Leitung der Feuerwehr als auch die Wehrführung im Einvernehmen mit dem jeweiligen Feuerwehrausschuss
- a) eine mündliche Ermahnung oder
 - b) einen mündlichen Verweis oder einen Verweis in Textform
- aussprechen.
- (2) Bei Pflichtverletzungen in ganz erheblichem Maße kann die Leitung der Feuerwehr im Benehmen mit der Wehrführung und dem jeweiligen Feuerwehrausschuss
- a) eine Suspendierung (max. 3 Monate zur Sachverhaltsaufklärung)
 - b) einen befristeten Ausschluss (6 Monate bis 3 Jahre)
- aussprechen.
- (3) Die Ermahnung wird unter vier Augen ausgesprochen und ist zu dokumentieren. Vor einem Verweis, einer Suspendierung oder einem befristeten Ausschluss ist der*dem Betroffenen Gelegenheit zur mündlichen Stellungnahme oder Stellungnahme in Textform zu geben. Über die mündliche oder in Textform ausgesprochene Ordnungsmaßnahme ist eine Niederschrift zu fertigen und der*dem Betroffenen gegen Unterschrift auszuhändigen. Eine Kopie der Niederschrift ist der Personalakte

hinzuzufügen. Bei befristeten Ausschlüssen über sechs Monate ist eine Auskleidung über die Bekleidungskammer vorzunehmen.

§ 9

Hauptamtliche Kräfte

Die hauptamtlichen Einsatzkräfte der Feuerwehr stehen im Dienstverhältnis mit der Universitätsstadt Marburg und sind der Leitung der Feuerwehr direkt unterstellt. Für sie gelten die jeweiligen Vorschriften des Dienst-, Personal- und Beamtenrechts.

§ 10

Ehren- und Altersabteilungen

- (1) In die Ehren- und Altersabteilungen der Stadtteilfeuerwehren wird unter Überlassung der Dienstbekleidung übernommen, wer
 - a) wegen Vollendung des 60. bzw. bei verlängerter Zugehörigkeit nach § 10 Abs. 2 HBKG mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus der Einsatzabteilung ausscheidet oder
 - b) wegen dauernder Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen wichtigen persönlichen Gründen aus der Einsatzabteilung ausscheidet oder
 - c) nach mindestens 25 Dienstjahren in der Einsatzabteilung einen Antrag auf Übernahme in die Ehren- und Altersabteilung stellt.

In den Fällen der Buchstaben b) und c) entscheidet die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.

- (2) Angehörige der Einsatzabteilungen, die durch Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze bzw. nach dem 65. Lebensjahr aus dem aktiven Dienst ausscheiden, werden würdig entlassen.
- (3) Für die
 - Ausbildung,
 - Gerätewartung,
 - Fahrzeug-, Geräte- und Gebäudepflege und
 - logistische Unterstützung (ohne Einsatzfähigkeit)

können die Angehörigen der Ehren- und Altersabteilung auf eigenen Antrag freiwillig und ehrenamtlich Aufgaben übernehmen, soweit sie hierfür die entsprechenden Vorkenntnisse besitzen und persönlich, geistig sowie körperlich geeignet sind. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt gemäß der Bewilligung der Leitung der Feuerwehr bis längstens zur Vollendung des 70. Lebensjahres. Im Rahmen dieser

Tätigkeit unterliegen die Angehörigen der Ehren- und Altersabteilung der fachlichen Aufsicht durch die Leitung der Feuerwehr und der Wehrführung.

- (4) Die Zugehörigkeit zur Ehren- und Altersabteilung endet
- a) durch in Textform erklärten Austritt
 - b) durch Ausschluss.

Angehörige der Ehren- und Altersabteilungen können durch die Leitung der Feuerwehr nach Anhörung des Feuerwehrausschusses aus der Freiwilligen Feuerwehr ausgeschlossen werden, wenn sie das Ansehen der Feuerwehr in erheblichem Maße geschädigt haben. Vor der Entscheidung ist der*dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme in Textform zu geben. Der Ausschluss erfolgt durch Bescheid.

§ 11

Jugendfeuerwehr

- (1) Die Jugendabteilungen der Stadtteilfeuerwehren führen den Namen „Jugendfeuerwehr Marburg“ und daneben den Namen des Stadtteils (z. B. Jugendfeuerwehr Marburg-Wehrda).
- (2) Die Jugendfeuerwehr ist eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr Marburg für Jugendliche im Alter vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 17. Lebensjahr, in Ausnahmefällen auf Antrag bis max. zum 21. Lebensjahr. Über die Aufnahme in die Jugendfeuerwehr entscheidet die Wehrführung nach Anhörung der*s Jugendfeuerwehrwartin*Jugendfeuerwehrwarts. Näheres regelt die Kinder- und Jugendordnung der Freiwilligen Feuerwehr Marburg.
- (3) Als Teil der Freiwilligen Feuerwehr untersteht die Jugendfeuerwehr der fachlichen Aufsicht und der Betreuung durch die jeweilige Wehrführung, welche sich dazu der Jugendfeuerwehrwartin*des Jugendfeuerwehrwartes bedient. Die*der Jugendfeuerwehrwart*in müssen mindestens 18 Jahre alt sein und die erforderliche persönliche, fachliche und pädagogische Eignung gem. § 7 Abs. 6 der Verordnung über die Organisation, Mindeststärke und Ausrüstung der öffentlichen Feuerwehren (FwOV) besitzen. Darüber hinaus muss ein ausreichender Masernimpfschutz nachgewiesen werden. Die*der Jugendfeuerwehrwart*in wird von der Einsatzabteilung der Stadtteilfeuerwehr gewählt. Sie*er ist stimmberechtigtes Mitglied des Feuerwehrausschusses.
- (4) Es können bis zu zwei Stellvertretungen gewählt werden. Eine Rangfolge ist festzulegen. Die stellvertretenden Jugendfeuerwehrwart*innen sind nicht automatisch Mitglied im Feuerwehrausschuss. Sie rücken im Verhinderungsfall der Jugendfeuerwehrwartin*des Jugendfeuerwehrwartes gemäß der festgelegten Rangfolge nach. Für die Stellvertretungen findet Abs. 3 entsprechende Anwendung.

- (5) Die mit der Betreuung der Jugendfeuerwehr befassten Personen müssen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für ehrenamtlich Tätige gem. § 72 a Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) ohne Einträge vorlegen. Die Jugendfeuerwehrwart*innen, deren Stellvertretungen und alle regelmäßig diese Abteilung betreuenden Personen sind ehrenamtlich für die Universitätsstadt Marburg tätig. Die Berufung erfolgt nach § 21 Abs. 2 HGO.

§ 12

Kinderfeuerwehr

- (1) Die Kinderabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr Marburg führen den Namen „Kinderfeuerwehr“, zusätzlich einen individuellen Identifikationsnamen und den Namen des jeweiligen Stadtteils (z. B. Kinderfeuerwehr Löschtiger Marburg-Cappel).
- (2) Die Kinderfeuerwehr einer Stadtteilfeuerwehr ist der freiwillige Zusammenschluss von Kindern im Alter vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 10. Lebensjahr. Über die Aufnahme in die Kinderfeuerwehr entscheidet die Wehrführung nach Anhörung der*s Kinderfeuerwehrwartin*Kinderfeuerwehrwarts. Näheres regelt die Kinder- und Jugendordnung der Freiwilligen Feuerwehr Marburg.
- (3) Als Teil der Freiwilligen Feuerwehr untersteht die Kinderfeuerwehr der fachlichen Aufsicht und der Betreuung durch die Wehrführung, welche sich dazu der*s Kinderfeuerwehrwartin*Kinderfeuerwehrwarts bedient. Die*der Kinderfeuerwehrwart*in muss mindestens 18 Jahre alt sein und die erforderliche persönliche, fachliche und pädagogische Eignung gem. § 7 Abs. 6 der Verordnung über die Organisation, Mindeststärke und Ausrüstung der öffentlichen Feuerwehren (FwOV) besitzen. Es muss außerdem ein ausreichender Masernimpfschutz nachgewiesen werden. Die mit der Betreuung der Kinderfeuerwehr befassten Personen müssen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für ehrenamtlich Tätige gem. § 72 a Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) ohne Einträge vorweisen. Die*der Kinderfeuerwehrwart*in und die Betreuer*innen sind ehrenamtlich für die Universitätsstadt Marburg tätig. Die Berufung erfolgt nach § 21 Abs. 2 HGO.
- (4) Es können bis zu zwei Stellvertretungen gewählt werden. Eine Rangfolge ist festzulegen. Die stellvertretenden Kinderfeuerwehrwart*innen sind nicht automatisch Mitglied im Feuerwehrausschuss. Sie rücken im Verhinderungsfall der Kinderfeuerwehrwartin*des Kinderfeuerwehrwartes gemäß der festgelegten Rangfolge nach. Für die Stellvertretungen findet Abs. 3 entsprechende Anwendung.
- (5) Bei der Heranführung an und dem Übergang von der Kinderfeuerwehr in die Jugendfeuerwehr unterstützt die*der Stadtjugendfeuerwehrwart*in die Kinderfeuerwehrwart*innen über die*den Stadtkinderfeuerwehrwart*in.
- (7) Die mit der Betreuung der Kinderfeuerwehr befassten Personen müssen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für ehrenamtlich Tätige gem. § 72 a Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) ohne Einträge vorlegen. Die

Kinderfeuerwehrwart*innen, deren Stellvertretungen und alle regelmäßig diese Abteilung betreuenden Personen sind ehrenamtlich für die Universitätsstadt Marburg tätig. Die Berufung erfolgt nach § 21 Abs. 2 HGO.

§ 13

Musikabteilungen

- (1) Die Musikabteilungen der Freiwilligen Feuerwehr führen einen Eigennamen mit dem Zusatz „der Freiwilligen Feuerwehr Marburg“, z. B. Blasorchester der Freiwilligen Feuerwehr Marburg. Sie präsentieren in musikalischer Form den Feuerwehrgedanken in der Öffentlichkeit.
- (3) Die Musikabteilung besteht in der Regel aus Angehörigen der Einsatzabteilung, der Jugendabteilung, der Ehren- und Altersabteilung sowie sonstigen dem Feuerwehrgedanken verschriebenen Musikern, die sich freiwillig zum gemeinsamen Musizieren zusammenschließen. Sie gestaltet ihre Arbeit als selbständige Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr. Über alle Aufnahmen von Mitgliedern, die nicht der Einsatzabteilung, der Jugendfeuerwehr oder der Ehren- und Altersabteilung angehören, entscheidet die Leitung der Musikabteilung.
- (4) Für jede Musikabteilung wird eine Abteilungsleitung gewählt, welche die Interessen der Musikabteilung im Wehrführungsausschuss vertritt.
- (5) Als Teil der Freiwilligen Feuerwehr unterstehen die Musikabteilungen der Aufsicht und Betreuung durch die Leitung der Feuerwehr, die sich dazu der Abteilungsleitungen bedient.
- (6) Die Mitglieder der Musikabteilung erhalten für ihre Auftritte eine Feuerwehrdienstkleidung.

§ 14

Ehrenamtliche Gerätewarte in den Stadtteilfeuerwehren

Die Wehrführungen können in den Stadtteilfeuerwehren ehrenamtliche Gerätewarte*Gerätewartinnen zur Pflege der Fahrzeuge und Gerätschaften einsetzen. Die Bestellung ehrenamtlicher Gerätewarte*Gerätewartinnen erfolgt durch die Leitung der Feuerwehr auf Vorschlag der Wehrführung unter Zustimmung der Abteilungsleitung des Bereichs Technik der hauptberuflichen Kräfte.

§ 15

Leitung der Feuerwehr

- (1) Die Leitung der Freiwilligen Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg ist die jeweilige Leitung der hauptamtlichen Kräfte.
- (2) Die Leitung der Feuerwehr ist für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr Marburg und die Ausbildung ihrer Angehörigen verantwortlich. Sie hat für die ordnungsgemäße Ausrüstung sowie die Instandhaltung der Einrichtungen und Anlagen zur Brandbekämpfung und Allgemeinen Hilfe zu sorgen und hat den Magistrat der Universitätsstadt Marburg in allen Fragen des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe zu beraten.
Bei der Erfüllung dieser Aufgaben haben die*der Sprecher*in der ehrenamtlichen Kräfte, die Wehrführungen und die jeweiligen Feuerwehrausschüsse die Leitung der Feuerwehr zu unterstützen.
- (3) Im Verhinderungsfall wird die Leitung der Feuerwehr durch ihre*n Stellvertreter*in vertreten. Stellvertretung ist die jeweilige stellvertretende Leitung der hauptamtlichen Kräfte. Für sie gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.
- (4) Die Bestellung zur*zum Leiter*in der Feuerwehr und zur*zum stellvertretenden Leiter*in erfolgt durch den Magistrat der Universitätsstadt Marburg als beamtenrechtliche Besetzungsentscheidung im Einvernehmen mit dem Wehrführungsausschuss. Aus Transparenzgründen sollen der Vertreter der ehrenamtlichen Kräfte oder eine durch den Wehrführungsausschuss bestimmte Vertretungsperson am Auswahlverfahren einbezogen werden.
- (5) Die technische Einsatzleitung sowie die damit verbundenen Befugnisse obliegen der Leitung der Feuerwehr bzw. bei dessen Verhinderung der stellvertretenden Leitung der Feuerwehr. Durch die Leitung der Feuerwehr werden weitere Vertretungsregelungen festgelegt.

§ 16

Fachgebietsleitungen

Für die Aufgabenwahrnehmung von besonderen Grundsatzangelegenheiten bedient sich die Leitung der Feuerwehr Fachgebietsleitungen.

Die Fachgebietsleitungen werden auf Vorschlag der Leitung der Feuerwehr oder des Wehrführungsausschusses in der Regel für die Dauer von fünf Jahren oder für eine Projektperiode (Fachprojektleiter) benannt. Fachgebietsleitungen und Fachprojektleitungen sollen Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Marburg sein.

§ 17

Führungsorganisation der Feuerwehr

In Schadenslagen mit besonderen Aufgabenstellungen in Bezug auf Planung, Organisation und Durchführung, beispielsweise Großschadens- oder Flächenlagen, bedient sich der Leiter der Feuerwehr einer Führungsorganisation. Details regelt eine Dienstanweisung.

§ 18

Sprecher*in der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen

- (1) Die Angehörigen der Einsatzabteilungen wählen eine*n Sprecher*in zur Wahrnehmung ihrer Belange gegenüber der Leitung der Feuerwehr und der Universitätsstadt Marburg (§ 12 Abs. 10 HBKG).
- (2) Die Wahl findet anlässlich der gemeinsamen Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr (§ 25) statt.
- (3) Gewählt werden kann nur, wer der Einsatzabteilung einer Stadtteilfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Marburg angehört, aller Voraussicht nach über die Dauer der Wahlperiode angehören wird und zum Zeitpunkt der Wahl mindestens über eine Gruppenführungsqualifikation verfügt. Der Wahlkandidat muss seine Hauptwohnung in der Universitätsstadt Marburg haben.
- (4) Die*der Sprecher*in der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen repräsentiert gemeinsam mit der Leitung die Freiwillige Feuerwehr Marburg nach außen. Sie arbeiten partnerschaftlich zusammen und praktizieren einen regelmäßigen und umfassenden Austausch. Die*der Sprecher*in wird bei maßgeblichen, die ehrenamtlichen Kräfte betreffenden Entscheidungen einbezogen und wesentliche Unterlagen werden zur Verfügung gestellt.
- (5) Eine vorzeitige Beendigung der Tätigkeit kann erfolgen durch
 - a) Niederlegung des Amtes
 - b) Abwahl

Zur Abwahl der*s Sprecherin*Sprechers der Freiwilligen Feuerwehr bedarf es der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder aller Einsatzabteilungen der Stadtteilfeuerwehren.

§ 19

Stadtjugendfeuerwehrwart*in, stellvertretende*r Stadtjugendfeuerwehrwart*in

- (1) Die*der Stadtjugendfeuerwehrwart*in vertritt die Belange der Jugendfeuerwehr gegenüber der Leitung der Feuerwehr und unterstützt die Jugendfeuerwehren der Stadtteile bei deren Aufbau und bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben. Dabei wird sie*er von der jeweiligen Stellvertretung unterstützt.

- (2) Die*der Stadtjugendfeuerwehrwart*in berichtet im Rahmen der gemeinsamen Hauptversammlung über die Entwicklung der Jugendfeuerwehr.
- (3) Die*der Stadtjugendfeuerwehrwart*in und maximal zwei Stellvertretungen werden durch den Stadtjugendfeuerwehrausschuss gewählt und zu Ehrenbeamt*innen der Universitätsstadt Marburg ernannt. Sie sollen aus den Reihen der Jugendfeuerwehrwart*innen oder stellvertretenden Jugendfeuerwehrwart*innen kommen.

§ 20

Stadtkinderfeuerwehrwart*in, stellvertretende*r Stadtkinderfeuerwehrwart*in

- (1) Die*der Stadtkinderfeuerwehrwart*in vertritt die Belange der Kinderfeuerwehr gegenüber der Leitung der Feuerwehr und unterstützt die Kinderfeuerwehren der Stadtteile bei deren Aufbau und bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben. Dabei wird sie*er von der jeweiligen Stellvertretung unterstützt.
- (2) Die*der Stadtkinderfeuerwehrwart*in berichtet im Rahmen der gemeinsamen Hauptversammlung über die Entwicklung der Kinderfeuerwehr.
- (3) Die*der Stadtkinderfeuerwehrwart*in und maximal zwei Stellvertretungen werden durch den Stadtkinderfeuerwehrausschuss gewählt und zu Ehrenbeamt*innen der Universitätsstadt Marburg ernannt. Sie sollen aus den Reihen der Kinderfeuerwehrwart*innen oder stellvertretenden Kinderfeuerwehrwart*innen kommen.
- (4) Die*der Stadtkinderfeuerwehrwart*in ist stimmberechtigtes Mitglied des Wehrführungsausschusses. Im Verhinderungsfalle ist ihre*seine Stellvertretung stimmberechtigt.

§ 21

Wehrführer*in, stellvertretende*r Wehrführer*in

- (1) Die Wehrführer*innen führen die Freiwilligen Feuerwehren in den Stadtteilen nach Weisung der Leitung der Feuerwehr. Die*der Wehrführer*in wird von den Angehörigen der jeweiligen Einsatzabteilungen gewählt. Gewählt werden kann nur, wer der Einsatzabteilung der Stadtteilfeuerwehr angehört und die erforderlichen Lehrgänge besucht hat. Die Wahl der Wehrführerin*des Wehrführers erfolgt in einer Wahlversammlung der jeweiligen Freiwilligen Feuerwehr gemäß den Regelungen für die Durchführung der Wahlen in dieser Satzung.
- (2) Die stellvertretenden Wehrführer*innen haben die*den Wehrführer*in im Verhinderungsfalle zu vertreten. Für die Wahl der Stellvertreter*innen gilt Abs. 1

entsprechend. Es können maximal zwei stellvertretende Wehrführer*innen in einer Stadtteilfeuerwehr gewählt werden. Es muss eine Rangfolge festgelegt werden.

- (3) Sofern die erforderlichen Lehrgänge noch nicht absolviert wurden, erfolgt die Übertragung der Wehrführung zunächst kommissarisch. Die gewählten Wehrführer*innen/Stellvertretungen müssen sich verpflichten, die fehlenden Lehrgänge innerhalb einer Frist von zwei Jahren nachzuholen.
- (4) Die Wehrführer*innen und die stellvertretenden Wehrführer*innen werden bei Vorliegen der notwendigen Qualifikationen zu Ehrenbeamt*innen der Universitätsstadt Marburg ernannt.
- (5) Feuerwehrangehörige, die Führungsfunktionen als Wehrführer*innen oder stellvertretende Wehrführer*innen wahrnehmen, sollen nicht gleichzeitig aktives Mitglied anderer Hilfsorganisationen sein, die neben der Feuerwehr eingesetzt werden können.

§ 22

Feuerwehrausschuss

- (1) Zur Unterstützung und Beratung der Wehrführung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wird für die Stadtteilfeuerwehren je ein Feuerwehrausschuss gebildet.
- (2) Der Feuerwehrausschuss besteht aus
 - der*m Wehrführer*in als Vorsitzender*n,
 - den stellvertretenden Wehrführer*innen,
 - drei Angehörigen der Einsatzabteilung,
 - einer*m Vertreter*in der Ehren- und Altersabteilung,
 - der*m Jugendfeuerwehrwart*in,
 - der*m Jugendgruppenleiter gemäß Kinder- und Jugendordnung,
 - der*m Kinderfeuerwehrwart*in,
 - der*m Leiter*in der Musikabteilung sowie
 - dem Schriftführer.

Mit Zustimmung der Hauptversammlung der jeweiligen Stadtteilfeuerwehr sind bei der Besetzung des Feuerwehrausschusses Doppelfunktionen möglich.

Existiert innerhalb einer Stadtteilfeuerwehr keine Jugendfeuerwehr, Kinder- oder Musikabteilung, entfallen diese Funktionen innerhalb des Feuerwehrausschusses.

Soweit eine Feuerwehr taktisch in Züge untergliedert ist, sind auch die Zugführer*innen und stellvertretenden Zugführer*innen kraft Amtes Mitglieder des Feuerwehrausschusses.

- (3) Die Wahl der Vertreter*innen der Einsatzabteilung und der Schriftführer*in des Schriftführers erfolgt durch die Mitglieder der Einsatzabteilung in der jeweiligen Jahreshauptversammlung.

Die Wahl der Vertreterin*des Vertreters der Ehren- und Altersabteilung erfolgt durch die Mitglieder der Ehren- und Altersabteilung.

Die Wahl der Zugführer*innen erfolgt durch die aktiven Einsatzkräfte des jeweiligen Zuges.

Die Wahl der Vertreterin*des Vertreters der Musikabteilung erfolgt durch die Mitglieder der Musikabteilung. Näheres regeln interne Ordnungen der einzelnen Musikabteilungen.

- (4) Die*der Wehrführer*in beruft die Sitzungen des Feuerwehrausschusses ein. Sie*er hat den Feuerwehrausschuss einzuberufen, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder dieses schriftlich mit Begründung beantragen. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Die*der Vorsitzende kann jedoch Angehörige der einzelnen Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehren oder andere Personen zu Sitzungen einladen. Die Leitung der Feuerwehr hat das Recht, jederzeit an den Sitzungen teilzunehmen. Sie erhält ein Exemplar der zu erstellenden Sitzungsniederschrift. Die Sitzungstermine sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. Der Feuerwehrausschuss tagt standardmäßig in Präsenzsitzungen. Die Sitzungen können aus wichtigen Gründen in einem online-Format durchgeführt werden.

§ 23

Wehrführungsausschuss

- (1) Der Wehrführungsausschuss ist die oberste Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren der Universitätsstadt Marburg. Er hat die Aufgabe, alle Angelegenheiten der Stadtteilfeuerwehren zu koordinieren.

Er setzt sich zusammen aus

- der Leitung der Feuerwehr
- der stellvertretenden Leitung der Feuerwehr
- der Sprecherin*dem Sprecher der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen
- den Wehrführer*innen
- einem der jeweils stellvertretenden Wehrführer*innen
- der*m Stadtjugendfeuerwehrwart*in
- der*m Stadtkinderfeuerwehrwart*in
- der Leitung der Musikabteilung
- der*m Schriftführer*in
- den Fachgebietsleitungen sowie Fachprojektleitungen

- (2) Die Leitung der Feuerwehr beruft die Sitzungen des Wehrführungsausschusses ein. Sie hat den Wehrführungsausschuss einzuberufen, wenn dieses von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Ausschusses schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt wird.
- (3) Die*der Schriftführer*in wird von den Mitgliedern des Wehrführungsausschusses gewählt. Sie*er hat über jede Sitzung eine Niederschrift zu erstellen.

- (4) Die Fachgebietsleitungen bzw. Fachprojektleitungen, die*der Schriftführer*in sowie die Leitung der Musikabteilung gehören dem Wehrführungsausschuss mit beratender Funktion an; sie sind nicht stimmberechtigt. Mitglieder des Wehrführungsausschusses in Doppelfunktion haben für jede Funktion eine Stimme.
- (5) Der Wehrführungsausschuss tagt standardmäßig in Präsenzsitzungen. Die Sitzungen können aus wichtigen Gründen in einem online-Format durchgeführt werden. Abstimmungen sind in geeigneter Weise durchzuführen; beispielsweise über entsprechende Tools oder Apps der Stadt Marburg, die dem Stand der Technik entspricht und den vorhersehbaren Risiken angemessen begegnet.

§ 24

Jahreshauptversammlungen

- (1) Jede Stadtteilfeuerwehr hat jährlich unter Vorsitz der*s Wehrführerin*Wehrführers eine Jahreshauptversammlung durchzuführen.
- (2) Die Jahreshauptversammlung wird von der*dem Wehrführer*in einberufen. Sie*er hat einen Bericht über das abgelaufene Jahr zu erstatten.
- (3) Eine Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung der Stadtteilfeuerwehr in Textform und unter Angabe von Gründen verlangt. In diesem Fall ist die Versammlung innerhalb von vier Wochen durchzuführen.
- (4) Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung der Jahreshauptversammlung sind den Angehörigen und der Leitung der Feuerwehr mindestens zwei Wochen vor der Versammlung in Textform bekannt zu geben. In der Einladung ist auf die Form und Frist für Anträge zur Versammlung einzugehen. Zusätzlich ist per Aushang im Feuerwehrhaus auf die Jahreshauptversammlung hinzuweisen. Die Jahreshauptversammlung kann nur in einem online-Format durchgeführt werden, wenn keine Abstimmungen vorgesehen sind und keine Anträge vorliegen. Aus wichtigen Gründen kann die Jahreshauptversammlung entfallen. Der Verzicht auf die Jahreshauptversammlung setzt eine Abstimmung im Feuerwehrausschuss voraus und erfordert eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten des Ausschusses.
- (5) Stimmberechtigt in der Jahreshauptversammlung sind die Angehörigen der Einsatzabteilung, die Mitglieder der Musikabteilung und die Mitglieder der Ehren- und Altersabteilung. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit muss die Versammlung abgebrochen und verschoben werden.

Dazu ist, in Anlehnung an § 53 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung (HGO), eine weitere Versammlung mit verkürzter Ladungsfrist einzuberufen, mit dem Hinweis, dass die Beschlussfähigkeit ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder besteht.

Alternativ kann zur Sicherstellung der Beschlussfassung bereits in der ersten Einladung schriftlich formuliert werden, dass damit vorsorglich zu einer neuen Jahreshauptversammlung eingeladen wird, die fünfzehn Minuten nach Abbruch der ersten Versammlung an gleicher Stelle beginnen kann und die dann ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder der Einsatzabteilung vorläufig beschlussfähig ist.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Wahlberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Auf entsprechenden Antrag ist im Einzelfall darüber zu beschließen, ob eine Abstimmung geheim vorgenommen werden soll.

- (6) Über die Jahreshauptversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die die*der Schriftführer*in des Feuerwehrausschusses und die*der Wehrführer*in unterzeichnen.
- (7) Niederschriften von Jahreshauptversammlungen, die in einem online-Format oder aufgrund vorangegangener Beschlussunfähigkeit mit verkürzter Ladungsfrist einberufen wurden, sind den Stimmberechtigten binnen vier Wochen nach der Versammlung in Textform zuzustellen. Eine Kopie der Niederschrift ist im Feuerwehrhaus zur Einsichtnahme zugänglich bereitzuhalten.

Beschlüssen einer Jahreshauptversammlung, die mit verkürzter Ladungsfrist einberufen wurde, kann schriftlich innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Niederschrift widersprochen werden. Der Widerspruch benötigt die Unterschrift von mindestens einem Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung. In diesem Fall ist von der*dem Wehrführer*in binnen vier Wochen nach Eingang des Widerspruchs erneut eine Jahreshauptversammlung einzuberufen. Ist bei dieser Versammlung erneut keine Beschlussfähigkeit gegeben, bleiben die zunächst vorläufigen Beschlüsse bestehen.

§ 25

Gemeinsame Jahreshauptversammlung

- (1) Unter dem Vorsitz der Leitung der Feuerwehr findet jährlich eine gemeinsame Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehren der Universitätsstadt Marburg statt. In dieser Versammlung hat die Leitung der Feuerwehr einen Bericht über das abgelaufene Jahr zu geben.
- (2) Die gemeinsame Jahreshauptversammlung wird von der Leitung der Feuerwehr einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilungen schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt. In diesem Fall ist sie innerhalb von vier Wochen durchzuführen.
- (3) Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung der gemeinsamen Jahreshauptversammlung sind den Feuerwehrangehörigen und den hauptamtlichen Magistratsangehörigen mindestens vier Wochen vor der Versammlung in Textform bekannt zu geben. Im

Fall des Abs. 2 verkürzt sich die Frist auf zwei Wochen. In der Einladung ist auf die Form und Frist für Anträge zur Versammlung einzugehen. Zusätzlich wird auf die Versammlung per Aushang in den Feuerwehrräumen der Universitätsstadt Marburg geeignet hingewiesen. Für den Aushang sind die Wehrführungen verantwortlich. Aus wichtigen Gründen kann die gemeinsame Jahreshauptversammlung in einem online-Format nur durchgeführt werden, wenn keine Abstimmungen vorgesehen sind. Die gemeinsame Jahreshauptversammlung kann aus wichtigen Gründen auch entfallen. Der Verzicht auf die Jahreshauptversammlung setzt eine Abstimmung im Wehrführungsausschuss voraus und erfordert eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten.

- (4) Stimmberechtigt in der gemeinsamen Jahreshauptversammlung sind die Angehörigen der Einsatzabteilungen. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilungen anwesend ist. Sofern festgestellt wird, dass die Versammlung nicht beschlussfähig ist, müssen abstimmungspflichtige Tagesordnungspunkte verschoben werden. Es ist eine zweite Versammlung innerhalb von acht Wochen einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder der Einsatzabteilungen beschlussfähig ist.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Auf entsprechenden Antrag ist im Einzelfall darüber zu beschließen, ob eine Abstimmung geheim vorgenommen werden soll.

- (5) Über die gemeinsame Jahreshauptversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die die*der Schriftführer*in des Wehrführungsausschusses und die Leitung der Feuerwehr unterzeichnen.
- (6) Niederschriften der gemeinsamen Jahreshauptversammlung, die in einem online-Format einberufen wurde, sind den Stimmberechtigten binnen vier Wochen nach der Versammlung in Textform zuzustellen. Eine Kopie der Niederschrift ist durch die Wehrführung an den Feuerwehrstandorten zur Einsichtnahme zugänglich bereitzuhalten.

§ 26

Wahlen

- (1) Die nach dem HBKG und nach dieser Satzung durchzuführenden Wahlen werden von einer*m Wahlleiter*in geleitet, welche*r von der jeweiligen Versammlung bestimmt wird.
- (2) Die reguläre Wahlzeit für alle gemäß dieser Satzung durch Wahl bestimmten Personen beträgt fünf Jahre.

Sollte das 55. Lebensjahr bei der Wahl bereits vollendet sein, kann die Ernennung zunächst nur bis zum Zeitpunkt der Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt sind für die Ausübung der Funktion in der kompletten Wahlzeit ein entsprechender Antrag und eine ärztliche Eignungsuntersuchung notwendig.

Unabhängig von der Wahlzeit scheiden alle mit Einsatzaufgaben betrauten Funktionsträger*innen mit Vollendung des 60. bzw. bei verlängerter Zugehörigkeit nach § 10 Abs. 2 HBKG spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres aus ihren Funktionen aus und sind würdig zu verabschieden.

Über im Einzelfall auf sachlichen Gründen beruhende Verkürzungen der Wahlzeiten, z. B. zur Harmonisierung von Wahlzeiträumen, entscheidet die jeweilige Vollversammlung aller Wahlberechtigten mit einfacher Mehrheit.

- (3) Die Wahlberechtigten sind vom Zeitpunkt und dem Ort der Wahl mindestens zwei Wochen vorher in Textform zu verständigen. Zusätzlich ist auf die Wahlen in den betroffenen Feuerwehrhäusern per Aushang hinzuweisen. Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit gelten für die Durchführung von Wahlversammlungen der Stadtteilfeuerwehren § 24 Abs. 5 und für die Durchführung von Wahlversammlungen der gesamten Freiwilligen Feuerwehren § 25 Abs. 4 dieser Satzung entsprechend.
- (4) Die jeweiligen Wehrführungen und die stellvertretenden Wehrführungen, soweit die Einheit in taktische Züge gegliedert ist, die Zugführer*innen und die stellvertretenden Zugführer*innen, die Vertretungen der Ehren- und Altersabteilung für den Feuerwehrausschuss, die Jugendfeuerwehrwart*innen und ihre Stellvertretungen, die Kinderfeuerwehrwart*innen und ihre Stellvertretungen sowie die*der Schriftführer*in werden einzeln mit Stimmenmehrheit gewählt. § 55 Abs. 5 HGO gilt entsprechend.

Die Wahl der übrigen zu wählenden Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird als Mehrheitswahl ohne das Recht der Stimmenhäufung durchgeführt. Jede*r Wahlberechtigte hat so viele Stimmen wie sonstige Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl. Bei einer erneuten Stimmengleichheit entscheidet das Los.

- (5) Gewählt wird schriftlich und geheim, es sei denn, dass aus den Reihen der Wahlberechtigten offene Wahl beantragt und beschlossen wird.
- (6) Sollten übergeordnete Gesetzgebungen es ermöglichen, dass Wahlen elektronisch oder hybrid durchgeführt werden können, und besondere Gründe vorliegen, kann eine Wahl nach den dann benannten Wahlgrundsätzen elektronisch über geeignete online-Tools erfolgen. Das Wahlverfahren ist den Stimmberechtigten mit der Einladung zur Wahlversammlung bekanntzugeben.
- (7) Über sämtliche Wahlen ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 27

Feuerwehrvereinigungen

Die Angehörigen der Stadtteilfeuerwehren der Universitätsstadt Marburg können sich zu privatrechtlichen Vereinigungen oder Verbänden zusammenschließen. Die Universitätsstadt Marburg wird Vereinigungen der Feuerwehrangehörigen auf Stadtebene fördern und im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanziell unterstützen.

§ 28

Ehrungen

- (1) Die Universitätsstadt Marburg ehrt aktive ehrenamtliche Feuerwehrangehörige für 25-, 40- und 50-jährige aktive Tätigkeit in einer Stadtteilfeuerwehr oder wenn die aktiven Feuerwehrangehörigen nach 25 Jahren oder 40 Jahren Dienstzeit ausscheiden durch ein Präsent.
- (2) Anlässlich des Todes eines Feuerwehrangehörigen in einer Stadtteilfeuerwehr wird eine Kranz- oder Geldspende sowie eine Todesanzeige durch die Universitätsstadt Marburg veranlasst.

§ 29

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg vom 05. September 2018 außer Kraft.

Marburg, den 04. November 2025

Der Magistrat
der Universitätsstadt Marburg

gez.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Veröffentlicht über die städtische Internetseite mit Hinweisbekanntmachung in der Oberhessischen Presse am 21.11.2025. In Kraft getreten am 22.11.2025.